

PRESSEMITTEILUNG #52 - 26.02.2024

Martin Habersaat**Experimentelle Entlastung für drei Jahre an fünf Schulen****Anlässlich der Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 20/1449) zu Schulverwaltungs Kräften erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat:**

„Knapp 800 Schulen gibt es in Schleswig-Holstein. Eine gute Handvoll davon wurde von der Bildungsministerin mit einem Forschungsauftrag ausgestattet: Das Alstergymnasium in Henstedt-Ulzburg, die Peter-Ustinov-Schule mit der Jungmannschule in Eckernförde und drei Schulverbünde aus Flensburg, Süderbrarup und Pinneberg sollen herausfinden, was man sich im Bildungsministerium offenbar nicht vorstellen kann: Werden Schulleitungen und Lehrkräfte entlastet, wenn es an der Schule eine zusätzliche Schulverwaltungskraft gibt? Die Frage ist schwer, die Auswahlkriterien waren streng – neun davon nennt die Bildungsministerin in der Antwort auf meine kleine Anfrage.

Ich habe gefragt, was genau erprobt wird und warum es drei Jahre braucht, um zu tragfähigen Erkenntnissen zu kommen. Die Antwort ist Comedy-tauglich: „Die Laufzeit bis zum 31.07.2026 berücksichtigt, dass sowohl bei der Initiierung als auch bei der Durchführung des Modellvorhabens zahlreiche Verfahrensschritte mit unterschiedlichem zeitlichem Bedarf erstmals zu durchlaufen sind. Da es sich um neu geschaffene Arbeitsplätze handelt, werden alle Schulverwaltungs Kräfte zunächst eine Phase der Einarbeitung benötigen, bevor im weiteren zeitlichen Verlauf beurteilt werden kann, ob und unter welchen Voraussetzungen der Einsatz von Schulverwaltungs Kräften dazu geeignet ist, eine Entlastung der Schulleitungen von administrativen Aufgaben durch eine solche zusätzliche personelle Ressource zu erreichen.“

In Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gibt es solche Verwaltungs Kräfte schon. Natürlich hätte man die fragen können. Oder man hätte auf GEW und Philologenverband hören können, die schon lange eine Entlastung von Lehrkräften beim Kontakt mit Amtsverwaltungen oder der Organisation von Klassenreisen fordern. Aber dann wäre der eigentliche Zweck des Manövers ins Wanken geraten: CDU und Grüne wollen ohne viel Aufwand simulieren, etwas zu tun. Das hilft konkret nur an fünf Orten für drei Jahre. Aber in der Selbstlob-Leistungsbilanz der Landesregierung wird es sicher seinen Platz finden.“

Material:

Kleine Anfrage

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/01400/drucksache-20-01449.pdf>